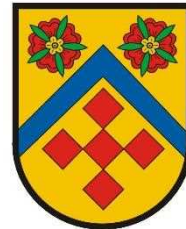


Gemeinde Dötlingen

Die Bürgermeisterin



**Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Erziehung vom
08.09.2026
im Rathaus der Gemeinde Dötlingen, Sitzungszimmer, Hauptstr. 26,
27801 Neerstedt
- Hybridsitzung -
ABiE/003/2026**

Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	18:39 Uhr

Tagesordnung:

Top	Bezeichnung	Dr.-Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.04.2026	
4	Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
5	Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
6	Bericht der Bürgermeisterin	
7	Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin	
	Einwohnerfragestunde	
8	Organisation und Gestaltung der Ganztagschule; hier: Entscheidung über die Ganztagsform	2026/234
9	Anfragen und Anregungen	
	Einwohnerfragestunde	

**Teilnehmer:****Anwesend:****Mitglieder:**

Frau Ditte Höfel

Ausschussvorsitzende

Frau Ulrike Boyens

Herr Sascha Henning

Frau Insa Huck

Herr Markus Knoop

Herr Dirk Orth

Herr Stephan Rusche

Hinzugewähltes Mitglied:

Frau Birte Otte

Lehrervertreterin

Frau Joan Steinkamp

Lehrervertreterin; übernimmt das
Stimmrecht der Lehrervertreterinnen**Hinzugezogenes Mitglied:**

Sandra Wehner

online

von der Verwaltung:

Frau Antje Oltmanns

Bürgermeisterin

Frau Tomke Rothe

Protokollführerin:

Frau Lea Möller

Entschuldigt:**Hinzugewähltes Mitglied:**

Frau Franziska Leppin

Elternvertreterin

Frau Daniela Wordtmann

Elternvertreterin



Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Höfel eröffnet die Sitzung. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Höfel lässt über die Tagesordnung abstimmen. Diese wird bei 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass Frau Steinkamp das Stimmrecht der Lehrervertreterinnen übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.04.2026

Ausschussvorsitzende Höfel lässt über die Niederschriften der Sitzungen vom 28.04.2026 abstimmen. Da an der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Erziehung und der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Bildung und Erziehung sowie Infrastruktur und Energie unterschiedliche Ratsmitglieder sowie hinzugezogene bzw. hinzugewählte Mitglieder teilgenommen haben, lässt sie über die Niederschriften getrennt abstimmen.

Die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung wird bei 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Erziehung wird bei 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Zu TOP 4 Bericht der/des Ausschussvorsitzenden



Ausschussvorsitzende Höfel berichtet über die Arbeit des Ausschusses für Bildung und Erziehung seit Beginn der Ratsperiode 2021-2026. Die heutige Sitzung sei die 16. Sitzung des Ausschusses. Erfreulich sei, dass regelmäßig Zuhörerinnen und Zuhörer bzw. Einwohnerinnen und Einwohner an den Sitzungen teilnehmen, Interesse an den behandelten Themen zeigen und sich aktiv einbringen.

Zu Beginn der Legislaturperiode sei die Ausschussstruktur neu geordnet worden. Aufgrund der aktuellen und zu erwartenden Themen sei seinerzeit der Ausschuss für Bildung und Erziehung eingerichtet worden. Aus Sicht der Ausschussvorsitzenden habe sich diese Entscheidung als sehr sinnvoll erwiesen. Ob der Ausschuss in dieser Form auch künftig fortgeführt werden solle, werde sich in den kommenden Wochen entscheiden.

Im Verlauf der Legislaturperiode habe sich der Ausschuss mit einer Vielzahl unterschiedlicher Themen befasst. Hierzu zählten unter anderem die Kinderbetreuung, der Neubau der Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“, die Digitalisierung und Medienentwicklung an den Grundschulen, die Hortverpflegungsentgelte, der Bauwagen für den Waldkindergarten sowie der Anspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026.

Abschließend bedankt sich Ausschussvorsitzende Höfel bei allen Beteiligten für die konstruktive und engagierte Mitarbeit im Ausschuss.

Zu TOP 5 Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen von Ausschussvorsitzender Höfel zur Kenntnis.

Zu TOP 6 Bericht der Bürgermeisterin

Zu TOP 6.1 Klarstellung der Stimmrechte der Schulvertretungen im Ausschuss für Bildung und Erziehung; hier: Anfrage von Lehrervertreterin Steinkamp vom 08.06.2026 Vorlage: 2026/235

Mit Schreiben vom 08.06.2026 hat die Lehrervertreterin Frau Steinkamp um eine Klarstellung der Stimmrechte der Grundschulvertretungen im Ausschuss für Bildung und Erziehung gebeten. Insbesondere wurde um Offenlegung der Grundlage dafür gebeten, dass jeweils eine Elternvertreterin bzw. ein Elternvertreter mit Stimmrecht und eine Elternvertretung ohne Stimmrecht sowie eine Lehrervertreterin bzw. ein Lehrervertreter mit Stimmrecht und eine Lehrerververtretung ohne Stimmrecht im Ausschuss vertreten sind.

Grundlage für die derzeitige Zusammensetzung des Ausschusses für Bildung und Erziehung und



die unterschiedliche Ausgestaltung der Stimmrechte ist die Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Dötlingen. In dieser ist vorgesehen, dass dem Ausschuss jeweils eine Lehrervertretung mit Stimmrecht und eine Lehrervertretung ohne Stimmrecht sowie eine Elternvertretung mit Stimmrecht und eine Elternvertretung ohne Stimmrecht angehören.

Zur Frage, ob eine Änderung der bisherigen Regelung hinsichtlich der Stimmrechte vorgenommen werden kann, wurde Rücksprache mit dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund (NSGB) gehalten.

Nach dessen Einschätzung verlangt § 110 Abs. 2 Satz 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) lediglich, dass dem Schulausschuss mindestens je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Lehrkräfte und der Erziehungsberechtigten angehört. Wie viele stimmberechtigte Schulvertreterinnen und Schulvertreter darüber hinaus in den Ausschuss berufen werden, bestimmt gemäß § 110 Abs. 2 Satz 1 NSchG der Schulträger.

Damit besteht grundsätzlich die Möglichkeit, über die gesetzlich erforderliche Mindestvertretung hinaus weitere Vertreterinnen und Vertreter mit Stimmrecht auszustatten. Die bisherige Regelung, nach der jeweils eine Lehrer- und eine Elternvertretung stimmberechtigt und jeweils eine weitere Vertretung nicht stimmberechtigt ist, beruht somit auf der durch den Rat der Gemeinde Dötlingen getroffenen Regelung und nicht auf einer zwingenden gesetzlichen Vorgabe, wonach jeweils nur eine Vertretung stimmberechtigt sein darf.

Für die nächste Ratsperiode (2026-2031) besteht daher die Möglichkeit, die Stimmrechte der Schulvertretungen neu zu regeln. Der Rat der Gemeinde Dötlingen kann insbesondere entscheiden, dass künftig sowohl beide Elternvertreterinnen bzw. Elternvertreter als auch beide Lehrervertreterinnen bzw. Lehrervertreter mit Stimmrecht ausgestattet werden oder es künftig gegebenenfalls auch nur noch eine Elternvertretung und eine Lehrervertretung gibt.

Die Zusammensetzung der Ausschüsse des Rates wird in der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Rates der Gemeinde Dötlingen, die voraussichtlich am 05.11.2026 stattfinden wird, mit dem Erlass einer neuen Geschäftsordnung festgelegt. Bis zu einer entsprechenden Neuregelung gilt die derzeit bestehende Regelung fort.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die bisherige Unterscheidung zwischen stimmberechtigten und nicht stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern auf der geltenden Regelung in der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Dötlingen beruht.

Zu TOP 7 Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin

Die Anwesenden nehmen die Ausführungen von Bürgermeisterin Oltmanns zur Kenntnis.

Lehrervertreterin Steinkamp macht deutlich, dass die Schulen zu bestimmten Themen unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Meinungen hätten, die entsprechend berücksichtigt werden sollten. Dies habe sich insbesondere zum Thema „Ganztagsbetreuung“ gezeigt.



Die Lehrervertreterinnen Otte und Steinkamp schlagen deshalb vor, das Stimmrecht der Lehrer- und Elternvertretungen entweder standortbezogen auszugestalten oder jeder Lehrervertretung und jeder Elternvertretung ein eigenes Stimmrecht einzuräumen.

Lehrervertreterin Otte bittet, im Zuge der Neufassung der Geschäftsordnung diesen Punkt aufzugreifen.

Ausschussvorsitzende Höfel erläutert, dass mit der bisherigen Regelung eine Vertretung beider Schulen erreicht werden sollte, man sich jedoch auf jeweils nur ein Stimmrecht festgelegt habe. Gefordert sei gesetzlich, dass es eine Elternvertretung und eine Lehrervertretung gebe. Es müsse nicht zwingend eine Lehrer- und eine Elternvertretung pro Schule im Ausschuss beteiligt werden.

Bürgermeisterin Oltmanns sagt zu, den Wunsch festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass hierüber der neue Rat der Gemeinde Dötlingen in Kenntnis gesetzt werde.

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzende Höfel schließt die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Erziehung und eröffnet um 18:15 Uhr die Einwohnerfragestunde.

Eine Einwohnerin thematisiert die Höhe der Kosten für die Ganztagsbetreuung im Rahmen der Hortlösung. Sie weist darauf hin, dass die bisher erhobenen Beiträge als angemessen angesehen worden seien, die beschlossene Anpassung jedoch zu einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung führe. Einige Eltern könnten die nunmehr anfallenden Kosten finanziell nur schwer tragen, sodass die Hortlösung zum Teil nicht in Anspruch genommen wird. Ferner erklärt sie, dass ihres Wissens nach, die Ganztagsbetreuung kostenfrei sein solle. Abschließend fragt sie, ob mit einer Änderung zu rechnen sei.

Bürgermeisterin Oltmanns erläutert, dass der gesetzliche Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder vorerst im Rahmen einer Hortlösung umgesetzt wird, bis die anzustrebenden Erweiterungen der Grundschulen abgeschlossen sind. Der Rechtsanspruch bedeute jedoch nicht, dass die Betreuung kostenfrei angeboten werden muss. Der Rat der Gemeinde Dötlingen hat sich intensiv mit der Frage einer kostenfreien bzw. kostenpflichtigen Betreuung auseinandergesetzt und hierzu eine entsprechende Regelung beschlossen. Gleichzeitig wurde eine Evaluation der getroffenen Regelungen vorgesehen. Hinsichtlich der geplanten Baumaßnahmen an den Schulen führt sie aus, dass die konkrete Umsetzung und die zeitliche Abfolge noch nicht abschließend feststehen. Sollte eine Schule deutlich früher für den Ganztagsbetrieb zur Verfügung stehen als die andere, wird gegebenenfalls auch die daraus entstehende unterschiedliche finanzielle Behandlung der Familien zu betrachten sein. Die derzeitige Regelung sei nicht „in Stein gemeißelt“.

Ausschussvorsitzende Höfel ergänzt, dass auch die Ausschussmitglieder bereits verschiedene Fragen zu diesem Thema erhalten haben. Eine abschließende Entscheidung über die zeitliche Reihenfolge der Fertigstellung der Schulen ist bislang nicht getroffen worden. Die bislang



vorgestellte mögliche zeitliche Abfolge stellt noch keine endgültige Festlegung der tatsächlichen Umsetzung dar. Weiter erläutert sie, dass die Entwicklung der Betreuungssituation auch vor dem Hintergrund früherer Entscheidungen betrachtet werden muss. Vor einigen Jahren ist gemeinsam mit den damals beteiligten Eltern über die Form der Betreuung beraten worden. Seinerzeit haben sich auch die Elternvertretungen für eine Hortlösung, bei der Beträge von den Erziehungsberechtigten erhoben werden, ausgesprochen.

Ausschussmitglied Huck führt für die SPD-Fraktion aus, dass bereits ein Antrag auf eine kostenfreie Hortbetreuung gestellt wurde, welcher durch politischen Beschluss abgelehnt wurde. Es ist seitens der SPD-Fraktion beabsichtigt, einen entsprechenden Antrag erneut einzubringen. Inzwischen liegen neue Erkenntnisse und Erfahrungen vor. Unter anderem ist die Personalsituation nunmehr besser einzuschätzen. Auch die Frage, wie viele Familien durch die Höhe der Beiträge von einer Hortbetreuung abgehalten werden bzw. vor finanziellen Schwierigkeiten stehen, kann für eine erneute politische Bewertung von Bedeutung sein.

Ausschussmitglied Orth erinnert daran, dass eine Evaluation der Regelungen zugesagt wurde. Die Beiträge sind nach dem Einkommen der Erziehungsberechtigten gestaffelt worden. Zum Zeitpunkt der Entscheidung hat noch keine ausreichende Datengrundlage zu den tatsächlichen Auswirkungen der neuen Beitragsstruktur vorgelegen. Auf Grundlage der Ergebnisse der Evaluation könne die Beitragsgestaltung auch hinsichtlich der Einkommensstufen gegebenenfalls gerechter ausgestaltet und nachgesteuert werden.

Die Verwaltung kann sich nach den Ausführungen der Allgemeinen Vertreterin Rothe vorstellen, dass beide Schulen möglichst gleichzeitig in den Ganztagsbetrieb starten. Eine andere Entwicklung kann derzeit jedoch nicht ausgeschlossen werden. Sollte eine Schule bereits den kostenfreien Ganztagsbetrieb aufnehmen können, während an der anderen Schule weiterhin eine Hortbetreuung als Übergangslösung erforderlich sei, müsse gegebenenfalls geprüft werden, wie mit den dort anfallenden Betreuungskosten umzugehen sei. Die Hortbetreuung stelle eine Übergangslösung dar. In der Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“ wurde bereits eine Hortgruppe eingerichtet; die räumlichen Möglichkeiten für die Einrichtung weiterer Gruppen sind jedoch begrenzt.

Ausschussmitglied Knoop weist darauf hin, dass bei einer kostenfreien Hortbetreuung mit einer deutlich höheren Nachfrage zu rechnen sei. Die bisherige Kostenpflicht habe auch dazu beigetragen, dass insbesondere diejenigen Kinder einen Hortplatz erhielten, die tatsächlich auf eine Betreuung angewiesen seien. Bei einer erheblich höheren Nachfrage bestehe die Gefahr, dass die vorhandenen Plätze nicht ausreichen. Insbesondere Kinder ohne Anspruch, welche in der Vergangenheit einen Hortplatz hatten, könnten möglicherweise nicht berücksichtigt werden, da die jüngeren Grundschulkinder Vorrang hätten.

Bürgermeisterin Oltmanns ergänzt, dass die Frage der Beiträge im Rat ausführlich beraten wurde. Neben den Interessen der Familien müsse auch die Haushaltslage der Gemeinde berücksichtigt werden. Bei einem Haushaltsdefizit von mehr als 5 Mio. Euro waren auch die Höhe der Beiträge und Kostendeckungsgrade in den kritischen Blick zu nehmen. Der ursprünglich vorgeschlagene Kostendeckungsgrad sei bereits reduziert worden. Eine Vergünstigung der Beiträge würde zudem voraussichtlich zu einer höheren Nachfrage führen, für die derzeit weder ausreichend Räumlichkeiten noch Personal zur Verfügung stünden.



Ausschussvorsitzende Höfel beendet die Einwohnerfragestunde um 18:28 Uhr und eröffnet erneut die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Erziehung.

Zu TOP 8 Organisation und Gestaltung der Ganztagsschule;

hier: Entscheidung über die Ganztagsform

Vorlage: 2026/234

Ausschussvorsitzende Höfel leitet in die Thematik ein.

Die Allgemeine Vertreterin der Bürgermeisterin Rothe erläutert die unterschiedlichen möglichen Organisationsformen des Ganztags. Für beide Schulen werde die offene Ganztagsform, welche gleichzeitig die flexibelste Variante ist, als am besten geeignet angesehen.

Ausschussmitglied Knoop bezeichnet die vorgeschlagene Lösung als einen wesentlichen Schritt nach vorne und begrüßt den Beschlussvorschlag. Dieser entspricht auch der Empfehlung des Arbeitskreises. Der offene Ganztag bietet ein hohes Maß an Flexibilität und kann den unterschiedlichen Bedürfnissen der Familien gerecht werden. Mit der Entscheidung beginnt nun die konzeptionelle Ausgestaltung. Es besteht die Hoffnung, dass die Eltern die Schulen bei diesem Prozess unterstützen und sich ebenso wie die örtlichen Vereine aktiv einbringen.

Auch Ausschussmitglied Orth erklärt, dem Beschlussvorschlag zustimmen zu können. Nach der Entscheidung über die Standorte stellt die Festlegung der Organisationsform einen weiteren wichtigen Schritt dar und bietet eine gute Grundlage für die weitere Planung. Im Vorfeld hat es auch Befürworterinnen und Befürworter eines vollgebundenen Ganztags gegeben. Positiv bewertet er, dass auch beim offenen Ganztag eine halbjährliche oder jährliche verbindliche Anmeldung vorgesehen ist. Hierdurch ergeben sich seiner Meinung nach gute Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen und weiteren Akteuren. Bestehende Kontakte zu den Vereinen und zum Jugenddiakon sollten ebenso genutzt werden wie die Erfahrungen des vorhandenen Hortpersonals, um einen möglichst guten Start des Ganztags zu gewährleisten.

Ausschussmitglied Huck schließt sich den Ausführungen im Namen der SPD-Fraktion an.

Ausschussmitglied Boyens erklärt für die FDP-Fraktion ebenfalls ihre Zustimmung.

Ausschussvorsitzende Höfel hebt das intakte Vereinsleben in der Gemeinde Dötlingen hervor. Ziel sei es, die verschiedenen Beteiligten auch künftig einzubeziehen und das ehrenamtliche Engagement sowie die Vereinsstrukturen weiterhin zu fördern. Dieser Aspekt solle bei der weiteren konzeptionellen Ausgestaltung des Ganztags berücksichtigt werden.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzende Höfel über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird einstimmig bei 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.



Der Ausschuss für Bildung und Erziehung empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

„Sowohl an der Grundschule in Neerstedt als auch an der Grundschule in Dötlingen wird eine „offene“ Ganztagsschule eingeführt. Der „offene“ Ganztag wird an fünf Tagen pro Woche angeboten.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 9 Anfragen und Anregungen

**Zu TOP 9.1 Anfragen und Anregungen - Verkehrssicherheit im Bereich der
Grundschulen**

Ausschussmitglied Orth spricht die Verkehrssicherheit auf den Schulwegen an. Insbesondere im Bereich der Grundschule Dötlingen hat sich die Verkehrssituation trotz der eingeführten Einbahnstraßenregelung aus seiner Sicht nicht verbessert. Er regt an, die Thematik im nächsten zuständigen Fachausschuss erneut aufzugreifen und einen Sachstandsbericht darüber zu erhalten, welche Maßnahmen bislang umgesetzt wurden und welche weiteren Maßnahmen vorgesehen sind. Dabei sollten neben dem unmittelbaren Schulumfeld auch weitere relevante Bereiche der Schulwege betrachtet werden. Mit Blick auf die Einführung der Ganztagsschule weist er darauf hin, dass hierdurch weitere Veränderungen der Verkehrssituation zu erwarten seien.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass die laufende Ratsperiode endet. Die Anregung wird daher protokolliert und dem künftigen Bürgermeister mit der Bitte vorgelegt, zu gegebener Zeit einen entsprechenden Sachstandsbericht abzugeben.

Lehrervertreterin Steinkamp bedankt sich für die Anregung und weist darauf hin, dass sich die Verkehrssituation bereits jetzt an der Grundschule in Dötlingen erheblich verschärft hat. Verbesserungen sind ihrer Meinung nach daher unabhängig vom Start der Ganztagsschule schon jetzt erforderlich. Sie regt an, sich die Situation gemeinsam vor Ort anzusehen.

**Zu TOP 9.2 Anfragen und Anregungen - Neue Sandkiste auf dem 2. Schulhof der
Grundschule Neerstedt**

Ausschussmitglied Knoop spricht die neue Sandkiste auf dem zweiten Pausenhof der Grundschule Neerstedt im Bereich des Hauses der Generationen an. Grundsätzlich sei die Einrichtung einer Sandkiste zu begrüßen. Er hinterfragt jedoch den gewählten Standort, da sich dieser in einem stark sonnenexponierten Bereich befinde. Aus seiner Sicht wäre ein Standort in der Nähe der



vorhandenen Bäume hinsichtlich der Beschattung geeigneter. Zudem weist er auf die ebenerdige Betoneinfassung der Sandkiste hin. Weiter fragt Ausschussmitglied Knoop, ob noch Nachbesserungen zur Sandkiste erfolgen oder die Maßnahme schon abgeschlossen sei.

Bürgermeisterin Oltmanns geht davon aus, dass die Arbeiten noch nicht vollständig abgeschlossen seien. Eine abschließende Auskunft könne sie hierzu „ad hoc“ nicht geben. Sie werde die Hinweise an das Bauamt weitergeben und darum bitten, die Ausgestaltung noch einmal zu prüfen.

Protokollanmerkung:

Der ursprünglich angedachte Standort unter den Bäumen ist nicht in Betracht gekommen, da hierfür Auskofferungsarbeiten erforderlich gewesen wären. Dabei wäre das Wurzelwerk und damit auch der Baumbestand nachhaltig beschädigt worden, was im schlimmsten Fall zum Absterben der Bäume hätte führen können.

Die gewählte Umrandung entspricht der für einen solchen Standort üblichen Ausführung. Der Bereich wirkt derzeit noch etwas ungleichmäßig, da eine größere Menge Sand eingebracht worden ist und dieser stellenweise noch über die Umrandung hinausragt. Durch die Nutzung werde sich der Sand jedoch mit der Zeit setzen und verdichten. Eine geringere Sandmenge hätte langfristig dazu geführt, dass nicht ausreichend Sand vorhanden gewesen wäre.

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzende Höfel schließt die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Erziehung und eröffnet um 18:39 Uhr die Einwohnerfragestunde.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Sodann schließt Ausschussvorsitzende Höfel die Einwohnerfragestunde und die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Erziehung um 18:39 Uhr.

Bürgermeisterin
Antje Oltmanns

Vorsitzende
Ditte Höfel

Protokollführerin
Lea Möller